

# Reden sorgt für Verstehen

Die Stadtverwaltung hat zum ersten Mal bei einer Bausache auf Mediation gesetzt – mit Erfolg

VON UNSEREM REDAKTEUR  
UWE MAUCH

Anfangs, sagt Daniela Beier, saßen sich die Interessengruppen unversöhnlich gegenüber. Nach neun Treffen knallten die Sektkorken. Das erste Mediationsverfahren unter der Federführung eines städtischen Amtes hat gleich funktioniert. Streitpunkt zwischen Anwohnern, Naturschützern, Bürgerverein, Schulträger und Arbeiterwohlfahrt war die geplante Erweiterung der Privatschule Kapriole. „Die konsensuale Lösung bringt für alle einen Mehrwert“, sagt Daniela Beier vom städtischen Rechtsamt.

Die Juristin, die seit 21 Jahren im Rechtsamt tätig ist, hat vor einem Jahr ihre Zusatzausbildung als Mediatorin abgeschlossen. In arbeitsrechtlichen Fragen konnte sie ihre Kenntnisse bereits einsetzen, in Bausachen feierte sie Premiere. Die „Freie Demokratische Schule Kapriole“ wollte ihren Standort im Konrad-

Guenther-Park im Stadtteil Waldsee erweitern. Anwohner und Umweltschützer wehrten sich. Nach einem halben Jahr konnte die Stadtverwaltung einen Kompromiss vermelden (die BZ berichtete).

Wie aber kam es dazu? Es braucht einen Prozess, sagt Daniela Beier. Voraussetzung dafür ist, dass an den Gesprächen stets dieselben Vertreter teilnehmen. Zwölf waren es im Fall der Kapriole. Gemeinsam mit der Psychologin Loretta Lorenz übernahm die Juristin die Mediation nach dem Harvard-Konzept aus den 1980er Jahren. Wenn es aufgeht, profitieren alle Beteiligten.

Zunächst müssen die Teilnehmer weg von ihren Positionen gebracht werden und hin zu ihren Interessen, die dahinter stehen. „Wir fragen nach dem Warum und suchen die Schnittmenge“, erklärt Daniela Beier. Es gebe nicht nur Ja- oder Nein-Lösungen. Irgendwann hat sich die Runde nicht nur mit dem geplanten Neubau beschäftigt, sondern mit dem Park. Denn dessen Nutzung durch die Kinder gefiel weder Anwohnern noch Natur-

schützern, was aber weder Pädagogen noch Schülern bewusst war.

Am Ende verständigten sich die Teilnehmer auf einen Neubau auf dem Grundriss der bestehenden Gebäude, definierten Höhe und Dichte. Die Schule, die sich des Privilegs ihres Standorts in einem Landschaftsschutzgebiet klar wurde, verpflichtete sich, nachhaltig Lehrer, Schüler und Eltern in das naturverträgliche Verhalten im Park einzuweisen. Die Bauzeit soll so kurz wie möglich sein, kein einziger Baum soll fallen. Und abends soll es künftig ruhiger zugehen.

Bis dahin waren zähe und holprige Verhandlungen nötig, erinnert sich Beier. Zu Beginn wurden „erschreckende Positionen“ geäußert bis hin zu der Aussage, die Schule solle halt dichtmachen. Doch mit der Zeit wuchs das gegenseitige Verständnis für das jeweilige Interesse. Rechtsamtsleiter Matthias Müller erhofft sich von dem Verfahren den Verzicht auf juristische Mittel und eine dauerhafte Befriedung.

## Das Pilotprojekt soll Nachahmer finden

Der Vorteil zum bisherigen Ablauf liegt auf der Hand. Üblicherweise hätte die Stadtverwaltung über die Bauvoranfrage der Schule entschieden und die Gegner wären vor Gericht gezogen. Die Richter hätten lediglich bewertet, ob das Rathaus juristisch korrekt gehandelt hat. „Der Konrad-Guenther-Park wäre nie thematisiert worden“, sagt Müller. Vor Gericht gibt es meist einen Sieger und einen Verlierer, der womöglich später auf Rache sinnt. „Jetzt haben wir nicht nur eine Bauvoranfrage punktuell gelöst, sondern hoffentlich einen nachhaltigen Umgang miteinander ermöglicht.“

Das Pilotprojekt soll Nachahmer finden, sagt Rechtsamtsleiter Matthias Müller. Diese Art der frühzeitigen Bürgerbeteiligung sei zwar für seine Behörde zeitaufwändig, aber unterm Strich effizienter, als wenn wie bisher mehrere Verwaltungseinheiten über Jahre hinweg mit einem Fall beschäftigt wären. Allerdings: Auch die Mediation hat ihre Grenzen, zum Beispiel bei Großprojekten mit vielen Akteuren. Oder bei unüberbrückbaren Fronten. Matthias Müller: „Manchmal muss man auch akzeptieren, dass private und öffentliche Interessen nicht unter einen Hut zu bringen sind.“



Daniela Beier, Juristin im städtischen Rechtsamt und seit einem Jahr auch Mediatorin

FOTO: INGO SCHNEIDER